



DOKUMENTATION DER FACHTAGUNG INKLUSION

13. Juli 2011, HOTEL CAMPUS LOUNGE, PADERBORN

110 Gäste fanden sich zur ersten Fachtagung zum Thema Inklusion im Kreis Paderborn im ausgebuchten Konferenzraum der *Campus Lounge* ein. Die Veranstaltung bot den TeilnehmerInnen aus Kindergärten und Schulen, Schulaufsicht und Verwaltung, Politik und Wirtschaft und weiteren Interessengruppen die Gelegenheit,

- sich über den aktuellen Stand von Inklusion in Deutschland zu informieren,
- Praxisbeispiele aus erster Hand zu erfahren,
- Hintergrundinformationen von mit Inklusion beschäftigten Wissenschaftlern, Eltern und Lehrern zu erhalten
- und miteinander ins Gespräch zu kommen.

1. Begrüßung und Einführungen

Michael Uhlich, Bezirksregierung Detmold



Michael Uhlich, Direktor der Abteilung für Schule von der Bezirksregierung Detmold, hieß alle Anwesenden herzlich willkommen. Den Weg zur Inklusion beschrieb er als einen „langen Weg, der mit vielen Fragezeichen verbunden ist“. Auf der Fachtagung Inklusion würden Informationen aus verschiedenen Ebenen zusammengetragen, die eine gute Grundlage bilden würden für weitere Schritte im Kreis Paderborn.

Dr. Oliver Vorndran und Anne Mischendahl, Bildungsbüro Kreis Paderborn

Oliver Vorndran und Anne Mischendahl begrüßten die Anwesenden ebenfalls herzlich und berichten von dem großen Echo, das die Tagung im Vorfeld ausgelöst hat: Fast doppelt so viele Anmeldungen wie vorhandene Plätze zeugen von großem Bedarf und Interesse. Oliver Vorndran und Anne Mischendahl erläutern den Tagungsablauf und stellen die Referenten vor.

2. Vortrag Prof. Dr. Jutta Schöler: „Eine vielperspektivische Annäherung“



Professorin Dr. Jutta Schöler

(Erziehungswissenschaften, TU Berlin) hat eigens Italienisch gelernt, um sich mit Partnern im „Inklusionsland“ Italien fachlich austauschen zu können. Nie habe sie jedoch den Begriff *Lernbehinderung* übersetzen können, da es dieses Wort im Italienischen nicht gebe. Auch in skandinavischen Sprachen finde man diesen Begriff nicht. Der Grund liege auf der Hand: Eine besondere Schule für diese Benachteiligten gebe es in diesen Ländern nicht.

Deutschland hingegen sei das einzige Land auf der Erde, das Kinder seit 1938 gegen den Willen der Eltern in Förderschulen einweisen lasse; in Nordrhein-Westfalen besonders intensiv. Das Entstehungsjahr dieser Rechtsnorm spreche für sich.

Der Umgang mit Inklusion dürfe nicht auf freiwilliger Basis geschehen. Diese Unterrichtsform müsse – ebenso wie einhergehende Fortbildungen zu Inklusionsthemen – verpflichtend eingeführt werden. Auch sei es unmoralisch, im Lehrerkollegium über die Aufnahme eines behinderten Kindes abstimmen zu lassen. Schwerpunktschulen als sogenannte „Leuchttürme“ seien überflüssig, da es Schulversuche in ausreichender Zahl gegeben habe. Modellschulen mit inklusiven Ansätzen seien also in großer Zahl vorhanden; einige von ihnen wurden mit dem Jakob Muth-Preis der Bertelsmann-Stiftung ausgezeichnet. Jutta Schöler sprach sich vielmehr dafür aus, dass die Schulen sich in Zukunft für alle Kinder in ihrem Einzugsbereich verantwortlich sähen und außerdem als Ansprechpartner für die Kindergärten im Umkreis fungieren sollten. Für alle Beteiligten würde die Einbeziehung

behinderter Kinder die Chance bieten, sich mit Verschiedenheit und Vielfalt auseinanderzusetzen.

Im Anschluss diskutierten die TeilnehmerInnen in Kaffeehausgesprächen Fragen, die sich ihnen zum Thema Inklusion stellten. Jede Gruppe einigte sich auf eine gemeinsame Frage, die auf einer Karte notiert wurde.



3. Praxisbericht:

Die Kettlerschule Bonn – Eine Schule auf ihrem Weg zur Inklusion

Ute Henning (Kettlerschule, Bonn) stellte in ihrem Vortrag „Es ist normal, verschieden zu sein“ zunächst folgende Gründe für die Änderungen des Konzepts der Kettlerschule vor:

- Soziales Lernen
- Schuleingangsphase
- Vorhandene Heterogenität
- Lernerfolge ermöglichen
- Kinder stark machen.

Neben partnerschaftlicher Kooperation mit einer Schule in Österreich bestimmten an ihrer Grundschule Wertschätzung und Respekt im Team und im Umgang mit den Eltern den Schulalltag. Auch die gemeinsam erarbeiteten zehn Schulregeln würden zur Verbesserung des Lern- und Unterrichtsklimas beitragen. „An der Kettlerschule werden alle Kinder wohnortnah beschult“, berichtete Ute Hennig, und betonte: „Herterogenität ist Normalität.“ Der neue Weg und die Begleitung des Prozesses wurden an der Kettlerschule durch die *Montag Stiftungen* unterstützt.

4. Diskussion von Fragen der Kaffeehausgespräche mit Prof. Jutta Schöler und Ute Hennig

Anne Mischendahl und Oliver Vorndran stellen die gesammelten Fragen aus den Kaffeehausgesprächen vor. Zentrale Fragestellungen wurden als Diskussionsgrundlage an Frau Prof. Schöler und Frau Hennig gestellt.

Die beiden Expertinnen konnten viele Beispiele benennen und waren sich in theoretischer Hinsicht ebenso wie aus der Praxiserfahrung in allen angesprochenen Punkten einig. Im Lauf des Gespräches kristallisierten sich drei Bedingungen für inklusiven Unterricht heraus: **Kooperation** und **Finanzierung** sind Grundlagen von Inklusion. Eine positive **Akzeptanz** der Eltern gewährleistet die Annahme des Konzepts.

Von zentraler Bedeutung sei zuerst die Kooperation „auf allen Ebenen“, wie Jutta Prof. Schöler ausführte: Sie definierte finanzielle, administrative, politische und personelle Kooperation als basale Voraussetzung für die Entwicklung inklusiver Beschulung: „Die Ressource Kooperation *muss* genutzt werden.“ Würden Fortbildungen angeboten, so müssten dies „an allererster Stelle Fortbildungen sein, die den Schwerpunkt Kooperation haben“. Ute Hennig bestätigte diese Aussagen. Studien aus den USA und aktuell auch aus Köln würden belegen, dass „die Ergebnisse, die positiven Rückmeldungen, auch die Lernergebnisse umso besser sind, je besser die Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit der Lehrer ist“ (Jutta Schöler).

Zum Thema Finanzierung betonte Ute Hennig: „Es ist so, dass es häufig Ressourcen gibt, man muss nur schauen, wo sie zu finden sind.“ Durch gezielte Planung und Koordinierung würden Ressourcen nicht verschwendet, sondern sinnvoll genutzt.

Für die Umsetzung von inklusiver Beschulung sei außerdem die Zusammenarbeit mit den Eltern relevant. Hier können beide Expertinnen nur Positives berichten, nämlich dass Schulen, die mit inklusiven Unterricht anfangen, „übernachgefragt“ seien – „vor allem von mittelschichtorientierten, bildungsorientierten Eltern“. Die Vermutung, dass es Berührungsängste oder die Benachteiligung nicht-behinderter Kinder gebe, konnten die Referentinnen widerlegen. Integrationshelfer sollten unbedingt in Fördergespräche einbezogen werden, damit „alle an einem Strang ziehen“, zum Wohle der Schülerinnen und Schüler. Wichtig ist dabei auch, dass Schule und offene Ganztagschule miteinander verzahnt werden. Die Lehrerinnen und Lehrer müssten rechtzeitig durch geschicktes Steuern der Schulaufsicht auf das Eintreffen von behinderten Kindern gezielt vorbereitet und fortgebildet werden. So könne Inklusion gelingen.

5. Praxisbericht: Stadt und Schulamt Jena auf dem Weg zur Inklusion

Ulrike Stein (Staatliches Schulamt Jena-Stadtroda) und **Andreas Ahmend** (Stadt Jena) berichten in ihrem Vortrag, dass die Stadt Jena auf die Vernetzung von Schule und Jugendhilfe gebaut habe. Zuvor habe man ein gemeinsames „Bildungsleitbild“ entwickelt und vom Rat verabschiedet. Mit der Umsetzung des Inklusionskonzepts sei im Jahr 2010 begonnen worden. Jena weise ähnliche Schulstrukturen auf wie Paderborn. Laut der Referenten habe Thüringen sich für Kompetenzzentren an Förderschulen entschieden, wobei die

Stadt Jena auf insgesamt 80 Integrationshelfer zurückgreifen könne.



6. Vortrag Prof. Klaus Klemm: Welche Ressourcen brauchen wir für Inklusion?



Prof. Klaus Klemm (Uni Duisburg-Essen) präsentierte umfangreiches Datenmaterial über die voraussichtlich anfallenden Ressourcen inklusiver Beschulung in NRW in den nächsten zehn Jahren. Er setzt in seinen Kernüberlegungen im Hinblick auf den NRW-Integrationsplan auf

den „Demographiegewinn“, also auf über 2000 frei werdenden Stellen im sonderpädagogischen Bereich bis ca. 2020. Demnach würden inklusiv beschulten Kindern je Klasse durchschnittlich über zehn Lehrerwochenstunden zu Verfügung stehen. Mittelzuweisungen für Lehrstellen in NRW würden an inklusiv arbeitenden Schulen budgetiert werden, erläuterte der Experte. Die Schulen müssten dementsprechende Nachweise inklusiver Beschulung erbringen, um die Mittel zu bekommen.

7. Wie geht es weiter?

Podiumsdiskussion mit Dr. Oliver Vorndran, Leiter des Bildungsbüros Kreis Paderborn; Prof. Dr. Klaus Klemm, Universität Duisburg-Essen; Prof. Dr. Jutta Schöler, TU Berlin; Michael Uhlich, Abteilungsdirektor Schule, Bezirksregierung Detmold; Michael Baumeister, Stellv. Vors. des Vereins „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“. Die Fachleute beantworteten Fragen des Publikums.



Beigeordneter Reiner Limbach, Landkreistag NRW, sah zumindest keine steigenden Kosten bei Einführung inklusiven Unterrichts. Limbach: „Bei Beachtung des Konnexitätsprinzips stehen die Kommunen zu ihrer verfassungsmäßig verbrieften Aufgabe.“

Jutta Schöler: „Schulträger müssen nicht immer perfekte und teure Lösungen anbieten. Wenn wir wissen, das ein Kind mit Rollstuhl einige Jahre in einer Schule verbringt, kann auch eine geliehene Metallrampe Barrieren in der Schule beseitigen.“

Klaus Klemm hält sogenannte Schwerpunkt-Förderschulen auf die Frage von Oliver Vorndran in absoluten Ausnahmefällen für sinnvoll, aber nur dann, wenn die Förderkosten für einzelne Schülerinnen und Schüler unverhältnismäßig hoch anfallen. Prof. Klemm: Alle anderen Schülerinnen und Schüler sollen Regelschulen besuchen. Jutta Schöler dazu: „Schwerpunktschulen sind allenfalls in der Sekundarstufe denkbar. Niemals sollten sie im Primarbereich eingerichtet werden. Das isoliert die Kinder vollständig gegenüber Gleichaltrigen und Freunden aus der Kita.“

Michael Baumeister sprach sich deutlich gegen eine Stigmatisierung von behinderten Schülerinnen und Schülern aus. Integration könne diesen Missstand neutralisieren.

Reiner Limbach hielt den allgemeinen Ruf „weg mit den Förderschulen“ für zu holzschnittartig. Die Entwicklung müsse behutsam angegangen werden.

Klaus Klemm sah in seinem Schlusswort in erster Linie die Kinder im Blick. „Vordringlich sind die Übergänge ohne Brüche für die Kinder, die jetzt inklusiv beschult werden sollen. Rückschulungen in Förderschulen sollten wir unbedingt vermeiden.“

Jutta Schöler: „Bereitwillige Lehrerinnen und Lehrer im Team und in der Kooperation sind ein Eigengewinn für die integrativ arbeitende Schule. Sie sehen die Kinder mit anderen Augen.“

Reiner Limbach blickte hoffnungsvoll in die Zukunft. Die kommunalen Spitzenverbände würden zum Thema Inklusion jetzt ihre Statements abgeben. „Platzierungsdiagnostik“ sei nach seiner Meinung das Unwort des Jahres, das in dem Zusammenhang leider zu häufig benutzt werde.

Für Michael Baumeister müssen Zwangszuführungen von Kindern in Förderschulen beendet werden, indem Schritt für Schritt eine inklusive Gesellschaft bessere Wege in der Schullandschaft ermöglicht. Inklusiv orientierte Schulentwicklungspläne können dazu ein erster Schritt sein. Eltern sollten die Forderungen der UN-Menschenrechtskommission ernst nehmen und für ein breitflächiges Selbstverständnis von Inklusion sorgen.

Nähere Informationen siehe www.bildungsregion-paderborn.de